

Liebe Frauen für Frieden,

vielen Dank für Ihr Interesse an meiner Kandidatur. In Ihrer Mail sprechen Sie schon sehr viele Punkte an, die für eine friedliche Innen- und Außenpolitik nötig sind. Mit Ihren Zielen kann ich mich identifizieren, schließlich war einer der Gründe, warum ich der Linken beigetreten bin, dass sie die einzige Partei ist, die glaubwürdig die Forderung nach einem friedlichen Beilegen von Konflikten vertritt.

Ihr Verständnis, dass Frieden nicht nur die Abwesenheit von momentanen kriegerischen Konflikten ist, ist eine Haltung, die mir in der breiten Bevölkerung leider fehlt.

Die herrschende Ungerechtigkeit und die Verteilung von Ressourcen auf unserer Erde war und ist der größte Konflikt. Die Geschichte der Welt ist die Geschichte des Konfliktes zwischen Arm und Reich, zwischen Beherrschten und Herrschern, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern.

Wir sollten auch nicht davor zurückschrecken, den Begriff des Klassenkampfes wieder zu verwenden. So verstaubt er auch manchmal klingen mag, trifft er in der Gesellschaft doch zu. Egal ob im Kleinen, wie der Kommunalpolitik oder im Großen, wie Bundes- oder Europapolitik. Haben wir nicht mit geflüchteten Menschen aus anderen Ländern so viel mehr gemeinsam als mit einheimischen Multimillionären? Corona zeigt es sehr gut, so macht mich beispielsweise die Aussage "Corona macht uns alle gleich" sehr wütend. Die Situation eines Menschen, der hunderte Quadratmeter für sich hat und wirtschaftliche Sicherheit besitzt lässt sich nämlich nicht vergleichen mit einer alleinerziehenden Mutter, die neben einem "systemrelevanten" Job noch ihre Kinder im Homeschooling unterstützen soll - und das ohne die nötigen Endgeräte. Wir sind leider oft nur ein Schicksalsschlag von Armut und Elend entfernt. Die Klimakrise wird dies noch deutlicher machen. Das obere 1% kann sich Abschottung leisten, der Rest wird mit den Folgen der Klimakatastrophe leben oder sterben müssen. Aus dieser existenziellen Unsicherheit und der Angst vor sozialem Abstieg entstehen neue Spaltungstendenzen: Deshalb ist die Ausspielung verschiedener Gruppen armer Menschen, Geflüchtete vs. Obdachlose, Arbeitslose vs. Geringverdiener so fatal.

Was hier nötig ist, um diese Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, ist mehr Solidarität. Diese Plattitüde möchte ich mit Leben füllen und Ihnen daher meine Ideen und mein Engagement offenlegen. Um gegen die wachsende ökonomische Ungleichheit vorzugehen fordert meine Partei Die Linke landespolitisch daher ganz konkret:

- eine gerechte Bildungspolitik (z.B.: kostenlose Bildung von der Kita bis Universitätsabschluss bzw. Meister*innebrief)
- faire Arbeitsbedingungen (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz von 13€)
- angemessene Mieten (sozialer Wohnungsbau durch eine Landeswohnungsgesellschaft, Mietendeckel, Bauförderung)

Die Klimakatastrophe trifft global alle Menschen, aber wir können lokal Klimaschutz betreiben und so unseren Anteil an der Erfüllung des Pariser Abkommens leisten. Zwar verursacht Deutschland nur 2% der weltweiten Treibhausgase, jedoch stellen wir auch nur 1% der Weltbevölkerung dar und unseren wirtschaftlichen Aufstieg durch Industrialisierung verdanken wir historisch dem Verbrennen von fossilen Energieträgern. Außerdem konsumieren wir sehr viele Gebrauchsgüter, die woanders hergestellt werden. Auch das sind unsere Emissionen. Dazu fordern wir auf Landesebene eine sozialökologische Transportwende durch:

- den Ausbau des ÖPNV (365-Tage-Ticket als Übergangslösung zur Kostenfreiheit)
- ein Moratorium für den Straßenbau für Autos und den Ausbau der Radinfrastruktur
- die Stärkung ländlicher Regionen ("Ein Bus für jedes Dorf")

- sowie den Ausbau von erneuerbaren Energien

Als eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt hat Deutschland sehr viel Einfluss. Diesen Einfluss sollten wir nutzen, um die Interessen aller Menschen und damit auch aller Bürger*innen Deutschlands zu stärken statt die Partikularinteressen weniger Einzelner. Während Wenige von Waffenexporten profitieren, müssen die Steuerzahler für die Folgen durch Kriege aufkommen. Während Wenige durch Umweltzerstörung Gewinne erwirtschaften, müssen wir Bürger für die Folgen aufkommen. Die deutsche Verantwortung für die Welt liegt daher in Abrüstung und Diplomatie, statt in Militarismus, in wirtschaftlicher Umstrukturierung statt in autoritärem Gehabe. Dafür fordern wir,

- Waffenproduktion in BaWü nicht mehr zu subventionieren
- die Umsetzung der Istanbul Konvention (u.a. durch den Ausbau von Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen)
- Africom/Eucom aus BaWü verbannen
- den Schutz von geflüchteten Menschen

Wir müssen anfangen, Fluchtursachen zu bekämpfen, nicht die Geflüchteten. Meine Mitstreiterin Anna Jahn (Karlsruhe-West) ist Mitgründerin der Seebrücke in Karlsruhe, gemeinsam mit vielen Unterstützer*innen war es daher möglich, Karlsruhe zum sicheren Hafen zu machen. Mit dem Bundestagsabgeordneten von Karlsruhe, Michel Brandt, setzt sich die LINKE außerdem bundesweit für ein Lieferkettengesetz ein, um Arbeitsbedingungen (und zukünftig auch Umweltschutz) weltweit zu stärken. Durch unseren Konsum haben wir es lokal in der Hand, das Leben von Arbeiter*innen global zu verbessern. Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur lokal, sondern muss international gedacht werden und schließt einen sofortigen Stopp sämtlicher Waffenlieferungen, insbesondere in Krisengebiete und an autoritäre Regimes, ein. Diesem "Bomben"-Geschäft auf Kosten der Zivilbevölkerung muss endlich ein Ende gesetzt werden.

Auf Ihrer Seite "Sicherheit neu denken" gefällt mir vor allem der Artikel "Gewaltfreie Aufstände sind fast doppelt so wirksam wie gewaltsame Aufstände", was meinen Erfahrungen als Aktivistin beispielsweise bei Ende Gelände entspricht. Hier nutzen die Aktivist*innen die Form des zivilen Ungehorsams, um sich gegen übermächtige staatliche oder wirtschaftliche Akteure zu behaupten. Ich würde mich freuen, wenn die Kooperation verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgebaut wird und sich diese gegenseitig unterstützen, z.B. durch gegenseitige Teilnahme an Unterschriftaktionen oder Kundgebungen. So braucht es auch einen Sturm der Entrüstung aller, wenn z.B. einem Verein wie dem VVN-BdA die Gemeinnützigkeit abgesprochen wird. Ich sehe es als Pflicht von uns als Demokratinnen, uns mit aller Kraft gegen Angriffe von rechts zu stellen und klar zu machen, dass Verschwörungen und Hassfantasien in unserer Gesellschaft nichts verloren haben. Auch der Holocaust begann mit einer Verschwörungserzählung und der Herabwürdigung einzelner Bevölkerungsgruppen, deshalb ist es so wichtig, sich von jedem Aufkeimen solcher Ideologien deutlich zu distanzieren. Ganz aktuell werde ich mich mit dem Bündnis "Mitdenken" regelmäßig den Coronaleugner*innen und Verschwörungsgläubigen entgegenstellen, um zu zeigen, dass sie nicht die Mehrheit bilden. Unser Protest bleibt friedlich, bunt und solidarisch.

Dabei hoffe ich auf Ihre Unterstützung und verbleibe mit solidarischen Grüßen.

Christina Zacharias